

FK 16 Expertenhearing Statement Massarrat (leicht gekürzt und redigiert)

Vielen Dank für die Vorstellung.

Wir wünschen uns von der Bundesregierung eine präventive Wirtschaftspolitik gegenüber den Ländern des Südens. Sie soll nichts tun, was das eigenständige Wirtschaften der Menschen im Süden, ob Unternehmer, Bauern oder Andere, beeinträchtigt. Diese sollen ihr eigenes Wirtschaftspotential entwickeln können und damit würde auch eine der Fluchtursachen nach Europa beseitigt.

Gegen eine solche für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung des Südens förderliche Politik stehen aber die staatlichen Agrarsubventionen, mit denen die deutschen Bauern auf den internationalen Agrarmärkten – zum Beispiel auch gegenüber afrikanischen Bauern – konkurrenzfähig gehalten werden sollen. Ähnlich wirken unsere Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte aus dem Süden. Die Folge ist, dass die dortigen Bauern, die eigentlich produktiv sind, nicht mehr konkurrieren können und ihre Betriebe aufgeben müssen. Genauso wirkt sich auch die Begünstigung der Exporte der hiesigen Altkleider nach Afrika auf die dortige Textilbranche aus.

Das Hauptproblem sei nach Massarrat weniger die Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Bevölkerung im Süden, sondern dass dort wichtige Segmente der Wirtschaft für eine langsame autochthone Entwicklung fehlen. Die Kaufkraft der Erwerbslosen sinkt und der Binnenmarkt geht in die Brüche. So ist eine langsame Entwicklung wie einst bei uns in Europa überhaupt nicht möglich.

Dabei sind die Vorteile der staatlichen Subventionspolitik für die hiesigen landwirtschaftlichen Großbetriebe zu vernachlässigen, verglichen mit den Nachteilen für die Bauern im Süden. Ein Prozess der Arbeitsentwicklung und eines bescheidenen Wirtschaftswachstums wird dort sowohl auf dem Land wie auch in den Städten gekappt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der bei uns ankommenden Flüchtlinge stammt aus Afrika. Von da her sind die internationalen Handelsbeziehungen auch ein Thema für die Friedensbewegung.

Deshalb bin ich der Meinung, dass die Forderung nach Abschaffung aller EU-Agrarsubventionen und Zölle im Handel mit dem Süden in dem Manifest stehen muss. (Beifall)

Nun zu etwas hoch Aktuellem, den sogenannten Freihandelsabkommen. Ich meine, dass wir TTIP und Co. in das Manifest aufnehmen sollten, und ich sage Ihnen auch warum.

TTIP ist im Grunde genommen überhaupt kein „Freihandelsabkommen“. Es wird von größerer Freiheit gesprochen – als Legitimation. Es ist vielmehr ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen für allerlei Fragen, die eigentlich sehr flexibel gehandhabt werden müssen, weil sich die Verhältnisse immer wieder verändern. Dieses Abkommen aber schreibt Regeln, Regularien fest für alle Ewigkeit. Kein Partner in diesem Abkommen kann alleine von sich aus aussteigen. Nur wenn alle zusammen das Abkommen für beendet erklären, verliert es seine Verbindlichkeit und Gültigkeit.

Es geht hier vielmehr um ein Investitions- als um ein Freihandelsabkommen. Wenn dieses Abkommen käme, würden zum Beispiel die Mietbremsen in allen deutschen Kommunen, in denen Amerikaner, Kanadier u.s.w. investiert haben, ausgehebelt. Denn die Investoren können entgangene Gewinne infolge der Mietbremse einklagen und würden voraussichtlich vor den privaten Schiedsgerichten Recht erhalten.

Ein weiteres Beispiel ist die Rekommunalisierung der Daseinsfürsorge für Energie und Wasser in den Städten, die vielerorts geschehen ist, wo man mit der vorherigen Privatisierung die Erfahrung gemacht hat, dass damit nur den Finanzmärkten und Investoren geholfen wird, und die Preise steigen. Solche Rekommunalisierungen können wieder zurück genommen werden, wenn die Investoren vor den Schiedsgerichten mit ihren Klagen wegen entgangener Gewinne infolge des Abschieds von Privatisierungsmöglichkeiten Recht bekommen.

Es gibt bei diesen sogenannten Freihandelsabkommen auch eine militärische Komponente. Die Parteien dieser Abkommen – zum Beispiel bei TTIP die USA und Europa – sollen wirtschaftlich

stärker zusammen rücken, um sich gegen wirtschaftliche Konkurrenten wie vor allem China, aber auch Russland zu wappnen. Es geht um die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Vormachtstellung des Westens, um den Internationalen Währungsfond und die Rolle des Dollars, um Energieabhängigkeit zum Beispiel Deutschlands und anderer EU-Länder von Russland. Das ist sozusagen eine Blockpolitik in neuem Gewand, eine Kombination von wirtschaftlicher Stärke und Militarisierung. Damit würde auch die NATO gestärkt werden. Hillary Clinton hat in dem Zusammenhang von Wirtschafts-NATO gesprochen.

Das TTIP enthält viele Tricks, zum Beispiel im Arbeitsrecht. Es wird in vier oder fünf wichtigen Punkten auf positive Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Bezug genommen, drei oder vier dieser Normen werden übergangen. In den weiteren Klauseln gibt es aber viele Schlupflöcher, zum Beispiel wenn nicht alle Partner die Normen der ILO ratifiziert haben. Die EU hat die Normen nicht ratifiziert, die einzelnen EU-Staaten dagegen schon. Nun kann etwa die EU sagen: Weil wir die ILO-Normen nicht ratifiziert haben, brauchen wir uns nicht an sie zu halten. Ein Beispiel dafür, dass sich der Stärkere mit juristischen Umwegen durchsetzt und am Ende das Gegenteil von dem heraus kommt, was am Anfang behauptet wird.

Ich habe einen Textvorschlag mitgebracht, in welcher Weise wir dieses Thema in unserem Manifest erwähnen und unsere Forderungen formulieren könnten:

- „TTIP, CETA und TISA werden die Armut in der Welt vertiefen und die Massenflucht der Menschen auf ein bisher nicht gekanntes Ausmaß anheben. Sie werden neue globale Konflikte schüren und sind die größte Bedrohung für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben der Völker. Daher müssen diese Verträge grundsätzlich von allen EU-Staaten abgelehnt werden.
- Stattdessen sollten unter Beteiligung der Zivilgesellschaft neue Kommissionen gebildet werden, die unter Berücksichtigung von wissenschaftlich nachgewiesenen und ethisch akzeptablen Zielen und Kriterien, die an Menschen und Natur orientiert sind, neue Regelwerke zur Diskussion stellen.“

Man kann das vielleicht etwas kürzer machen. Aber Sie sehen damit, wie umfangreich das Feld im Zusammenhang mit TTIP ist.

Darf ich noch eine Schlussbemerkung machen.

Die Herrschenden versuchen mit großen, komplizierten Regelwerken, die erstens demokratisch nicht durchschaubar sind und zweitens unter massiver Geheimhaltung bleiben sollen, ihre Macht zu behaupten. Ich glaube, dass die Herrschenden zu solchen Mitteln greifen, weil sie Angst haben und wissen, dass sie sich ihrer Sache nicht sicher sind. Insofern zeigt TTIP eine Schwäche der Herrschenden. Daraus kann aber für uns eine Stärke werden, wenn wir auf diese Angst abheben und zeigen, warum die Herrschenden vor der Demokratie Angst haben, warum sie Geheimbündelei betreiben. Wenn wir diesen Punkt zum Fokus unserer Aufklärung machen, dann hätten wir wahrscheinlich die Chance, eine große internationale Koalition gegen TTIP zu mobilisieren. Danke schön.

Stand 5.6.16
Gertrud